

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 7. Februar 2001

269. Interpellation von Markus Schwyn und Mauro Tuena betreffend Sozialdepartement, Personalprobleme infolge Umbaus. Am 30. August 2000 reichten die Gemeinderäte Markus Schwyn (SVP) und Mauro Tuena (SVP) folgende Interpellation GR Nr. 2000/415 ein:

Der laufende tiefgreifende Umbau des Sozialdepartements, der unter anderem die Überführung der Amtsvormünder und Jugendsekretäre in so genannte «Sozialzentren» vorsieht, hat im Departement zu einer eigentlichen Krise, zu einer massiven Personalfuktuation geführt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialdepartements sind total verunsichert, da kein klares Konzept vorgelegt wurde.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen

1. Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements haben im Jahre 1999 und im bisher laufenden Jahr das Sozialdepartement verlassen oder die Kündigung ausgesprochen?
2. Welches sind die genauen Pläne des Sozialdepartements im Zusammenhang mit dessen Umbau bzw. der Einführung von «Sozialzentren»?
3. Wie präsentiert sich der Zeitplan der für den Umbau erforderlichen Massnahmen?
4. Welche personellen und logistischen Konsequenzen hat die Dezentralisierung des Sozialdepartements?
5. Welche kantonalen Dienstleistungen – etwa RAV usw. – sind nach Auffassung des Stadtrates sinnvollerweise in die Sozialzentren zu integrieren? Wie weit sind die entsprechenden Verhandlungen mit dem Kanton?
6. Wie lässt sich die 2-monatige ferienbedingte Büroabwesenheit der Departementsvorsteherin mit den akuten Problemen und der ausgebrochenen Krise im Sozialdepartement vereinbaren?

Auf den Antrag der Vorsteherin des Sozialdepartements beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Mit Stichtag 30. November 2000 sind die folgenden Austritte aus dem Sozialdepartement erfasst. Nur einem Teil der nachfolgend aufgelisteten Austritte liegt eine Kündigung zugrunde:

Austrittsgrund	1999	2000 ¹
Austritt (Kündigung durch MitarbeiterIn)	306	240
Kündigung durch Stadt bzw. Nichtwiederwahl	12	61
Altersrücktritt	30	18
Invaldität, Todesfälle	23	18
Ausgliederung, Stilllegung, Reorganisation	491	1
Wechsel in eine Dienstabteilung eines andern Departements	13	22
Total	875	360

¹ Austritte 2000 bis und mit 30. November 2000

Zu den Fragen 2 bis 4: Mit der Legislaturplanung 1998 bis 2002 hat der Stadtrat die strategischen Ziele: Trendumkehr in der Sozialhilfe mit der Zielsetzung «Arbeit statt Fürsorge» gesetzt. Dabei sollen mehr Mittel in die Integrationsarbeit und in die Prävention investiert werden, um die Abhängigkeit von der Sozialhilfe zeitlich zu verkür-

zen. In verschiedenen Phasen hat die Vorsteherin des Sozialdepartements intern und extern über die Umsetzung dieses strategischen Zieles informiert: Die politisch strategische Umsetzung mit dem Teilprojekt «Chancenmodell Zürich», das ein Anreizmodell im Rahmen der SKOS Richtlinien entwickelt, mit der fachlich-methodischen Neuausrichtung der Beratungsarbeit (Casemanagement, polyvalente Zentren und Ausrichtung auf sozialräumliche Ressourcen) und mit einem strukturell-organisatorischem Umbau. Die verschiedenen Teilprojekte wurden im Juni 2000 in einem Gesamtprojekt «Change SD» zusammengefasst und in einer straffen Projektorganisation geführt. Mitte Januar 2001 hat die Vorsteherin des Sozialdepartements aufgrund der Berichte und Anträge aus den Teilprojekten grundsätzliche Entscheide zur künftigen Organisationsstruktur des Departements und zur Umsetzungsplanung gefällt und diese anschliessend breit nach innen und aussen kommuniziert. Die Spezialkommission für das Sozialdepartement wurde am 30. Januar 2001 von der Vorsteherin aus erster Hand darüber informiert. Die Spezialkommission für das Sozialdepartement soll durch die Vorsteherin auch künftig im Rahmen eines ständigen Traktandums zum Changeprozess auf dem Laufenden gehalten werden. Über den bisherigen Umgestaltungsprozess und die konkreten weiteren Umsetzungsschritte, den Terminplan und die entsprechenden personellen und logistischen Konsequenzen wird dem Gemeinderat vor den Sommerferien ein ausführlicher Bericht vorgelegt werden. Deshalb verzichtet der Stadtrat im Rahmen dieser Interpellation auf eine ausführliche Darlegung.

Zu Frage 5: Es werden keine kantonalen Dienstleistungen in die Sozialzentren des Sozialdepartements integriert. Es laufen daher auch keine Verhandlungen mit dem Kanton.

Zu Frage 6: Das Sozialdepartement hat seine Aufgaben selbstverständlich auch während des zweimonatigen Urlaubes der Vorsteherin bestens erfüllt. Die Stellvertretung war im Einvernehmen mit dem Stadtratskollegium im Voraus geregelt worden.

Mitteilung an die Vorsteherin des Sozialdepartements, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber